

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riesa. Nummer 181.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsamts Weihen.

Postkontos: Dresden 1530  
Groschlo Riesa Nr. 82.

Nr. 181.

Donnerstag, 6. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Zwischen an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorsehung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. v. H. Reichardt, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die bedrohliche Wirtschaftslage.

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 6. August 1925.

Während der Reichstag im Stillstand die neuen Steuererlässe verabschiedet, verschärft sich die Wirtschaft in der deutschen Wirtschaft in einem außerordentlich bedrohlichen Maße, sodass schon jetzt seitens der führenden Kreise der Industrie nachdrücklich Schritte bei der Reichsregierung unternommen werden, um sie zu einem aktiven Eingreifen zu veranlassen. Der Prozess der wachsenden Kapitalnot wird durch die steuerliche Belastung der Wirtschaft in einem derartigen Umfange beschleunigt, daß nach der Annahme des neuen Steuerprogramms mit einer außerordentlichen Steigerung der Schwere der Lage gerechnet werden muß. Aus diesem Grunde werden immer mehr Stimmen laut, die eine grundsätzliche Veränderung der Steuerpolitik und eine weitestgehende Herabsetzung der finanziellen Ausgaben des Reiches und der Länder fordern. Die Kritik der Wirtschaftskreise wendet sich in erster Linie gegen den Reichshaushalt selbst, der viel zu hohe Ausgaben vorweist und bei einer energetischen Sparpolitik mindestens um 30 Prozent gekürzt werden könnte. Es dürfte unter keinen Umständen soweit getrieben werden, daß der Staat die Wirtschaft auffrischt und durch seine unproduktiven Ausgaben die Wirtschaft noch erschwert. Die Forderungen der wirtschaftlichen Kreise gehen dahin, daß die Reichsregierung gemeinsam mit den Reichsländern die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um den drohenden Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft zu verhindern. In erster Linie wird eine Verabreichung des Reichshaushalts und eine Verbesserung der Kreditpolitik der Reichsbank gefordert, die immer noch in den Verhältnissen vor einer neuen Inflation an der Beschränkung des Kredites festhält. Alle Versuche, vom Auslande mehr und größere Privatkredite zu erhalten, seien aus Scheitern verurteilt, solange der gegenwärtige Zustand der Zahlungsschwierigkeiten in Deutschland fortbesteht. Diese Unklarheit könne nur durch eine grundsätzliche Aktion der Reichsbank beseitigt werden.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat der Reichsbankpräsident Dr. Schickel bereits mit den Wirtschaftskreisen in Verbindung genommen und ihnen in beiderseitigem Einverständnis eine größere Flexibilität zugesagt, unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung ihre Einwilligung geben würde. Solange die Regierung nicht eine gewisse Mitverantwortung übernehme, könne die Reichsbank nicht an die Verwirklichung ihrer Pläne herangehen. Was die Frage der ausländischen Geldkredite an die deutsche Wirtschaft betrifft, so stellt sich immer mehr die Tatsache heraus, daß der Verhandlungsprozess noch nicht weit genug vorgeschritten ist, um das Vertrauen der ausländischen Finanzkreise zur deutschen Wirtschaft wieder zu festigen. Nachdem Deutschland seine Währungsstabilität hat, erwartet die ausländische Finanzwelt nunmehr auch die vollständige Sanierung der deutschen Finanzen, die immer noch auf sich warten läßt. Das Reichsfinanzministerium habe hier die wichtigste Aufgabe zu lösen, indem es den Reichshaushalt völlig ausbalanciert und den Einbruch vermeidet, daß die Defizitwirtschaft wieder von neuem anfangen könne. Die energetische Haltung des Reichsfinanzministers in der Frage der Verabschiedung der Steuer sei ja nur absolut verständlich, aber das ganze Finanzprogramm müsse einen konsequenten Einbruch machen, wenn der finanzielle Bedarf des Reiches so gewaltige Höhen enthält wie beim diesjährigen Reichsetat. Wenn die Reichsregierung damit den Anfang machen könnte, eine brutale Sparpolitik zu treiben, so werde das Vertrauen in die deutschen Reichsfinanzen und damit auch zur deutschen Wirtschaft in vollem Umfange wieder zurückkehren.

## Industriellen-Versammlung in Düsseldorf.

Am Dienstag fand in Düsseldorf die Mitgliederversammlung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen statt. Der Vorsitzende Dr. Reusch, der die Versammlung eröffnete, verbreitete sich über die Sorgen der Wirtschaft. Er erklärte u. a.: Unsere Wirtschaft befindet sich in schweren Zuständen. Insbesondere die wichtigsten Grundstoffindustrien Kohle und Eisen sind von ernstlichen Krisenerscheinungen betroffen. Im Lohnwesen haben wir seit Anfang 1924 Steigerungen zu verzeichnen, die an die Inflationszeit erinnern. Die Vorkriegslöhne sind längst überschritten. Mindestens gehen die jetzigen Löhne in ihrer Kaufkraft weit über die Vorkriegslöhne hinaus. Solange die Lohnpolitik im Lohnwesen nicht vermindert, können wir nicht gesund werden. Auch durch die Erweiterung der sozialen Versicherungen werden der Wirtschaft immer neue Lasten aufgebürdet. Allein durch die in den letzten Wochen beschlossenen Änderungen im Unfallversicherungs-Gesetz, den Ausbau der Angehörtenversicherung, das Gesetz über die Wochenruhe und die Rechteleistungen an Invalidenversicherung erwächst eine neue Belastung von etwa 300 bis 400 Millionen Mark im Jahr. Während die sozialen Lasten im Deutschen Reich 1918 mit 1102 Millionen Goldmark berechnet wurden, betragen sie 1924 1606 Millionen Mark, mit Einschluß der Staatszuschüsse 928 Millionen Mark. Die nach Annahme des neuen Gesetzes der Wirtschaft auferlegte soziale Last ergibt nach den angeführten Berechnungen einen Betrag von 2778 Millionen Mark im Jahre. Nimmt man die Zahl der Versicherten mit 18 Millionen Arbeitnehmern an, so ergibt sich in Zukunft eine Belastung von rund 140 Mark auf den Kopf des Versicherten gegenüber 88 Mark 1918. Auch die steuerliche Belastung hat in den letzten Jahren eine Erhöhung erfahren. Die in der

## Der Kampf um den Finanzausgleich entschieden.

2100 Millionen Mark Garantiesumme für Länder. — Bis 1. April 1926 Friedensmiete.

### Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus gestriger Nummer.)

vda. Berlin, 5. August 1925.

### Beratung des Finanzausgleichsgesetzes.

Bayerischer Gesandter Dr. v. Preger legt die Bedenken der bayerischen Regierung dar. Bayern habe von jeher auf reinliche Scheidung zwischen der Finanzwirtschaft des Reiches einerseits und der der Länder und Gemeinden andererseits gedrängt und darum auch der Erbsbergerischen Finanzreform widersprochen. Der Finanzausgleich komme diesem Standpunkt Bayerns wenig entgegen. Der Redner schildert dann die Notlage der Länder. Er schließt sich dem Vertreter Preußens an.

Sächsischer Finanzminister Reinhold betont, es sei erst neueren Datums, daß die jetzigen Regierungsparteien das Streben nach größerer finanzieller Selbstständigkeit als Schwerverbrechen betrachten. Die Tatsache, daß das geradezu fanatisch reichstreue Sachsen in der vorliegenden Angelegenheit mit den übrigen Ländern zusammen vorgehe, sei schon ein Beweis dafür, daß dieses Vorgehen mit Partikularismus nichts zu tun habe. Das Reich verfüge über genug Reserven, um den Ländern ein Anleihen der Reichsbank zu ersparen. Wenn man den Ländern nicht entgegenkomme, so würden Preissteigerungen und Steuererhöhungen die Folge sein.

Abg. Junke (Soz.) erklärt sich gegen das für später beabsichtigte Aufschlagsrecht der Länder und Gemeinden. Gegen 2 Uhr nachmittags war der Sitzungssaal nahezu leer. Der Abg. Sudzila (Soz.) beantragte daher unverzüglich Vertagung und schlug vor, die weitere Sitzung im Tiergarten abzuhalten. (Heiterkeit.) — Inzwischen füllte sich aber der Saal wieder, so daß der Vertagungsantrag abgelehnt wurde.

Abg. Dr. Hohenberg (Rom.) erklärt sich für neutral in dem fiskalischen Kampfe zwischen Reich und Ländern und dem paar Hundert Millionen. Das deutsche Volk wolle man mit einer Gesamterlast von 11 Milliarden bedrücken. Jetzt erhielten Länder und Gemeinden zusammen 8 Milliarden aus Zuschüssen des Reiches und eigenen Steuern. Das sei ein ungebührlicher Betrag. Die Länder seien ein ganz überflüssiger Luxus. Welcher Staat könne sich nach einem verlorenen Kriege 19 neben einander bestehende Regierungen leisten, die sich nur durch gegenseitiges Abzugszinschen beschaffen können. Diese lächerliche Kleinhafterei müsse verschwinden.

Abg. Koch-Weser (Dem.) hält es für bedauernd, daß die Reichsregierung auf die Bedenken der Vertreter von drei Ländern mit keinem Worte eingegangen sei. Er hebt dann hervor, daß die Rechte sich jetzt auf den Boden der Erbsbergerischen Steuerreform gestellt habe. Die Frage sei nun die, wie diese Reform gehandhabt werde. In der von der Reichsregierung beliebten Weise lasse sich kein großes Volk auf die Dauer regieren. (Beifall links.)

Abg. v. Graefe (Fölk.) tritt für einen gesunden Föderalismus ein und bedauert, daß die Deutschnationalen den Kampf gegen den Steuerzentralismus aufgegeben haben. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

### In der Einzelbesprechung

hebt Abg. Lipinski (Soz.) hervor, daß die Einheit des Reiches durch diesen Finanzausgleich nicht gefährdet werde. Der Redner fordert, daß ein endgültiger Finanzausgleich durch besonderes Reichsgesetz geschaffen werden soll, das erst am 1. April 1927 in Kraft treten soll.

tem Widerspruch zur Produktionskraft der Wirtschaft und der Kapitalarmut des deutschen Volkes steht. Wenn auch die neue Steuerreform kleinere Erleichterungen und Verbesserungen bringt, so geht doch die übereinstimmende Auffassung der Wirtschaftskreise dahin, daß die Steuerreform den wirtschaftlichen Verhältnissen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in keiner Weise Rechnung trägt. 1924 wurden der Wirtschaft 11 bis 12 Milliarden Mark entzogen. Dies ist dreimal so viel wie vor dem Kriege. Schätzt man das Volkseinkommen auf 24 Milliarden Mark, so ergibt sich, daß 48 Prozent des Volkseinkommens für öffentliche Zwecke verbraucht wurden. Selbst unter Zugrundelegung der höchsten Schätzung des Volkseinkommens auf 35 Milliarden Mark würde sich noch eine Belastung von 33 Prozent ergeben. Nach einer von der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller aufgestellten Statistik haben vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1925 die Unternehmungen des Bezirkes dieser Gruppe im ganzen 71 460 784 Mark Steuern bezahlt. Die entsprechende Steuerlast betrug 1918 18 744 241 Mark. Schon heute kann festgestellt werden, daß diese Unternehmungen, obwohl sie keinen Gewinn erzielen haben, diese Steuerlast von rund 71 1/2 Millionen Mark aufbringen müssen. Vergleicht man die Gewinnsiffern dieser Unternehmungen von 1918 mit der Steuerlast von 1924, so ergibt sich eine Steuerlastsiffer von 68,874 Prozent. Bei einigen Unternehmungen stellt sich die Siffer auf 89,55 Prozent. Das bedeutet, daß die gegenwärtige Steuerlast so groß ist, daß sie auch in normalen Zeiten den größten Teil des Reingehaltes verschlingt. Ohne eine grundsätzliche Finanzreform hilft aber auch die Steuerreform nichts. Der Redner kritisierte abschließend ein-

gehauptet Abg. Silberstein (Soz.), daß einzelne Hausbesitzer aus dieser Steuer ungerechtfertigte Gewinne von 2000 bis 8000 Mark jährlich, ja in einem Falle bis zu 9000 Mark gezogen hätten. Es handele sich hier um eine brutale, unsoziale Steuerlast, die vorwiegend die Arbeiter trafe.

Abg. Dr. Bötz (Dem.) ist der Meinung, daß die Bestimmungen über die Miete und die Hauszinssteuer hätten in einem besonderen Gesetz organisch und systematisch geregelt werden sollen. Die Hauszinssteuer sollte als Nebsteuer auf eine bestimmte Zeit begrenzt sein. Zum ausreichenden Häuserbau müßten aber auch öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) hält die Verwendung von mindestens 20 Prozent der Friedensmiete zur Förderung der Hauszinssteuer für erforderlich. Es sei aber keine Mißbilligung ohne Lohn- und Gehaltssteigerung denkbar.

Abg. Franke (Soz.) begründet einen Antrag ihrer Fraktion, die Wochenfürsorge wieder auf das Reich zu übertragen.

Abg. Erdmann (Cent.) bezeichnet die Hauszinssteuer als unsozial, weil sie gerade die Armen und Kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. April 1926 100 Prozent der Friedensmieten erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschützt werden.

Eine ganze Reihe von Abgeordneten der Opposition brachte noch ihre Bedenken gegen die Hauszinssteuer vor. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wurden dann die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hauszinssteuer und den Bestimmungen über die Erhöhung der Mieten in zweiter Lesung angenommen. Den Ländern werden also aus dem Kapitalvermögen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen garantiert. In der Bestimmung, wonach bis zum 1. April 1926 die Mieten mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen sollen, wird auf Antrag des Abg. Erdmann das Wort „mindestens“ gestrichen. Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hauszinssteuer verließen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt.

Das Haus vertagt sich.  
Donnerstag 6 Uhr: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Offiziere aus Polen.  
Schluß 9 1/2 Uhr.

### Für die Elektrifizierung der sächsischen Eisenbahnen.

Im Reichstag ist ein demokratischer Antrag eingegangen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, der Elektrifizierung der Eisenbahnen in Württemberg im Zusammenhang mit derjenigen der Eisenbahnen in Bayern und Baden ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Die Erfahrungen der Schweiz in Bezug auf die Überlegenheit der elektrischen gegenüber der Dampflokomotive bei Überwindung von Steigungen weisen darauf hin, daß es erforderlich sei, im Interesse der Wirtschaft die Elektrifizierung der bergigen Strecken Eingen-Stuttgart-Oberhausen-Würzburg, sowie Ulm-Stuttgart-Bruchsal und Pforzheim-Karlsruhe nachdrücklich zu betreiben.

gehend die Kosten der Reichsfinanzverwaltung, die Höhe der Finanzbedürfnisse einzelner Länder und die Wirtschaftspolitik der Kommunen.

## Briands Reise nach London.

Paris, 6. August wird nunmehr keine Reise nach London am Montag abend antreten, um mit Staatssekretär Chamerlain das Sicherheitsproblem zu besprechen. Im Vordergrund der Beratungen steht dem Marin zufolge die Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli. Ferner wird man sich mit dem Garantiepaß selbst beschäftigen. Die englische Regierung hätte bereits praktisch verwendbare Schriftstücke ausarbeiten lassen. Der französische Entwurf lehnt verschiedene Punkte vor, und zwar erstens einen rheinischen Pakt, durch den sich Frankreich die Mitwirkung Englands im Falle eines deutschen Angriffes am Rhein sichern wolle. Als Gegenleistung soll Deutschland durch einen französisch-deutschen Schiedsgerichtsvertrag gewähligste Garantien erhalten. Ferner enthält der französische Entwurf nach einem deutsch-polnischen und einen deutsch-schlesisch-polnischen Schiedsgerichtsvertrag.

### Briands Programm für die Londoner Besprechungen.

London. Der Times wird aus Paris berichtet, Briand werde Chamberlain zur Erwägung unterbreiten erstens den Entwurf einer Antwort auf die letzte deutsche Note, zweitens einen von Fromageot nach erschöpfenden Erörterungen der Einzelheiten aufkommen mit Sir Cecil Curri aufgestellten Entwurf eines Paktes selbst.